

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 7. Dezember 1988

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Adler (SPD)	12, 13	Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	42, 43
Frau Bulmahn (SPD)	39, 40	Müller (Schweinfurt) (SPD)	10, 11
Dörflinger (CDU/CSU)	37, 38	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	29, 30
Dreßler (SPD)	35, 36	Pauli (SPD)	44, 45
Duve (SPD)	21, 22	Schanz (SPD)	17, 18
Frau Ganseforth (SPD)	3, 4	Frau Schilling (DIE GRÜNEN)	41
Gansel (SPD)	23, 24	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	19, 20
Grünbeck (FDP)	9	Dr. Schöffberger (SPD)	5, 6
Haack (Extertal) (SPD)	33, 34	Dr. Sperling (SPD)	48, 49
Haungs (CDU/CSU)	46, 47	Vahlberg (SPD)	14
Dr. Hirsch (FDP)	15, 16	Dr. de With (SPD)	27, 28
Dr. Hitschler (FDP)	7, 8	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	1, 2
Jaunich (SPD)	31, 32	Frau Würfel (FDP)	25, 26

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Frau
Wollny**
(DIE GRÜNEN)
Welche Gründe rechtfertigen nach Ansicht der Bundesregierung den Weiterbetrieb der Urananlage Ellweiler trotz fehlender immissionsrechtlicher Genehmigung, trotz erheblichen Überschreitens der erlaubten radioaktiven Höchstwerte und Gefährdung von Mitarbeitern, Bevölkerung und Grundwasser durch den Betrieb der Anlage?
2. Abgeordnete
**Frau
Wollny**
(DIE GRÜNEN)
Welchen Stellenwert hat der Betrieb der Urananlage Ellweiler im sogenannten Brennstoffkreislauf der bundesdeutschen Atomenergienutzung, und welche Konsequenzen würde eine Stilllegung der Urananlage Ellweiler für die Versorgung bundesdeutscher Reaktoren mit Urankonzentrat und seinen Folgeprodukten nach sich ziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
Hält die Bundesregierung das drastische Zurückfahren der Forschungsförderung für rationelle Energieverwendung auf Beträge, die seit 1986 mit jährlich abnehmender Tendenz unter denen von 1974 liegen und 1990/91 nur noch ein Drittel der Mittel von 1980/81 betragen werden, angesichts der zu erwartenden Klimakatastrophe und den von Fachleuten beklagten Defiziten auch bei der verbrauchsorientierten Forschungsförderung rationeller Energieverwendung für verantwortlich?
4. Abgeordnete
**Frau
Ganseforth**
(SPD)
Entspricht die Abnahme der Förderquote für Forschungsvorhaben rationeller Energieverwendung, die 1974 bis 1977 noch 80 v. H. betrug, auf inzwischen unter 50 v. H. der Bewertung der Bundesregierung in bezug auf ihre Verantwortung für diesen Forschungszweig?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
Ist der Bundeskanzler bereit, die Vorschläge des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 25. November 1988 aufzugreifen und dem Deutschen Bundestag alsbald die „deutliche Verlängerung des Erziehungsgeldes“ sowie „für Beamte und Angestellte in den unteren Einkommensgruppen des öffentlichen Dienstes eine München-Zulage in der Größenordnung von 100 bis 150 DM“ vorzuschlagen?

6. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Wird der Bundeskanzler im Anschluß an seine Rede vor der Jungen Union, wonach das Grundrecht auf Asyl „heilig“ und unantastbar ist, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen und den Bundesminister des Innern veranlassen, Pläne zur Änderung des Artikels 16 GG nicht weiter zu verfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

7. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Hat die Bundesregierung die Vergaberichtlinien der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/8), die die Vergabe von Aufträgen der Bundeswehr an die Wirtschaft regeln, zwischenzeitlich gemäß der vom Bundesminister für Wirtschaft in einem Schreiben an den Präsidenten des Verbandes der Pfälzischen Schuhindustrie vertretenen Auffassung geändert?
8. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Ist bzw. wird durch diese Änderung der Vergaberichtlinien sichergestellt, daß künftig gleiche Bedingungen für Händler und Schuhproduzenten bei der Vergabe von Schuhaufträgen durch das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung Anwendung finden?
9. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, daß MBB Airbus-Teile und Hubschrauber in Südkorea herstellen lassen will, um Produktionskosten zu sparen, und ist unter diesen Umständen die hohe Subvention durch die Bundesregierung noch zu rechtfertigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

10. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Wann ist mit der Vorlage einer Pelztierhaltungsverordnung durch die Bundesregierung zu rechnen?
11. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von Experten vorgetragene Ansicht, daß nicht genügend wissenschaftliche Erkenntnisse über die Bedingungen für eine tierschutzgerechte Haltung von Pelztieren vorliegen, und denkt sie daran, Forschungsaufträge in diesem Bereich zu vergeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

12. Abgeordnete
**Frau
Adler**
(SPD) Treffen Presseberichte zu, wonach der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau stillgelegte landwirtschaftliche Flächen zu Siedlungszwecken heranziehen will?
13. Abgeordnete
**Frau
Adler**
(SPD) Wenn ja, wie soll die „Umgestaltung stadtnaher Landschaften unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte“ bewerkstelligt werden?
14. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Erkenntnis der Volkszählung ziehen, daß es ca. eine Million Wohnungen weniger gibt als bisher angenommen und daß somit die Grundlage der bisherigen Wohnungspolitik der Bundesregierung entfällt, keinen sozialen Wohnungsbau für die anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger zu betreiben, und bis wann ist gegebenenfalls mit entsprechenden Vorschlägen und Initiativen der Bundesregierung zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

15. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist es zutreffend, daß Staatssekretär Lengl während seines Besuches in Paraguay vom 11. bis 14. November 1988 ständig von 40 Sicherheitsbeamten geschützt wurde, und was war der Grund für diese Maßnahme?
16. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist es zutreffend, daß dem Staatssekretär Lengl bei diesem Besuch das Großkreuz des paraguayischen Verdienstordens verliehen wurde, und ist ihm die für die Annahme erforderliche Genehmigung nach § 5 Ordensgesetz durch den Bundespräsidenten erteilt worden?
17. Abgeordneter
Schanz
(SPD) Wieviel Stellen und Planstellen des Einzelplans 23 sind 1988 dem Referat Presse und Information zugewiesen, und beabsichtigt der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, diesem Referat 1989 weitere Stellen/Planstellen zuzuweisen?

18. Abgeordneter
Schanz
(SPD)

Wieviel Aushilfskräfte werden im Referat Presse und Information des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit beschäftigt, und wieviel Personal ist dem Referat gegenwärtig unter Werk- oder Honorarvertrag organisatorisch oder mit Arbeitsplatz im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zugeordnet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

19. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß den in Anatolien in Zeltlagern untergebrachten mehr als 10 000 kurdischen Flüchtlingen, darunter mehrheitlich Frauen und Kinder, durch den dort bereits hereingebrochenen Winter mit Minus-Graden unter 15° C und die allgemein schlechte Versorgungslage eine Katastrophe droht, wenn nicht durch Hilfen, auch von seiten der Bundesrepublik Deutschland, eine Umsiedlung dieser Menschen in den Süden der Türkei erfolgt, und hat die Bundesregierung dieses Problem bei dem kürzlichen Besuch des türkischen Ministerpräsidenten angesprochen und ihre Hilfe angeboten?

20. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft der türkischen Regierung Hilfen in Höhe von ca. 15 Millionen DM für ein kurzfristiges Umsiedlungsprogramm angeboten hat, die Regierung der Republik Türkei jedoch diese Hilfen abgelehnt hat, da sie nur Unterstützung für ein langfristiges Umsiedlungsprogramm begehrte, und was will die Bundesregierung unternehmen, damit die dringend gebotene, sofortige Umsiedlung der Flüchtlinge in südliche und wärmere Regionen der Türkei in die Wege geleitet werden kann?

21. Abgeordneter
Duve
(SPD)

Liegen der Bundesregierung Hinweise und Informationen – sei es von offizieller oder privater Seite, sei es von Nicht-Regierungsorganisationen wie z. B. amnesty international – über die Hinrichtungswelle der vergangenen Monate im Iran vor?

22. Abgeordneter
Duve
(SPD)

War Bundesaußenminister Genscher vor seiner Ankunft in Teheran über die Zunahme dieser Repressionen und Hinrichtungen informiert, und ist erwogen worden, als Reaktion darauf dem Besuch einen kritischeren und weniger freundschaftlichen Charakter zu verleihen?

23. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- War unter den „Einzelschicksalen“, für die sich Bundesaußenminister Genscher bei seinem Besuch im Iran laut DLF-Interview vom 30. November 1988 eingesetzt hat, auch Dr. Danesh, und welche Informationen hat die iranische Seite gegeben?
24. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wie hat der Bundesaußenminister auf die zunehmende Repressionswelle im Iran und ihre Erklärung durch die iranische Regierung reagiert, und hat er dabei der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung den Vorrang vor den Interessen der „mitreisenden Vertreter der Wirtschaft“ (DLF 30. November 1988) gegeben?
25. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß deutsche Reisende in die USA nach wie vor ein Visum benötigen, während Japaner ohne Visum in die USA einreisen dürfen?
26. Abgeordnete
Frau Würfel
(FDP)
- Falls dies zutrifft, wie beurteilt die Bundesregierung diese uns Bundesbürger diskriminierende Situation, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

27. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung bisher bewogen, dem Bildungswerk der DAG e. V., Bamberg, die Teilnahme an Reintegrationsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von rückkehrwilligen jungen Türken zu versagen, obwohl dessen Konzept mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung abgesprochen wurde?
28. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, bei der Vergabe von weiteren Projekten während der Modellphase stets nur einen einzigen Anbieter zu berücksichtigen, obwohl zumindest ein weiterer Anbieter gleicher Qualität vorhanden ist?
29. Abgeordneter
Müller (Wesseling)
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun hinsichtlich der Festlegung der Personalbemessungswerte in den psychiatrischen Kliniken?
30. Abgeordneter
Müller (Wesseling)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, die sozial-psychiatrischen Dienste am Wohnort weiter auszubauen bzw. zu bezuschussen, damit dort die Nachsorge durchgeführt werden kann?

31. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die in der Pressemitteilung Nr. 549 vom 27. November 1988 vorgenommene Unterrichtung der Öffentlichkeit durch den Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Ost, zum Gesundheits-Reformgesetz bezüglich der neuen Leistungen für Pflegebedürftige ab 1. Januar 1989 ohne Hinweis auf die erforderlichen Vorversicherungszeiten sowie die weiteren Voraussetzungen der mindestens einjährigen Pflege und Übernahme und des noch zu erfüllenden Erfordernisses der Abgrenzung des berechtigten Personenkreises für sachgerecht und ausreichend?
32. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die widersprüchlichen Angaben des Bundesministers Dr. Blüm vom 25. November 1988, der die Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für die neuen Leistungen für Pflegebedürftigkeit im Gesundheits-Reformgesetz mit 5 Milliarden DM beziffert hat und des Sprechers der Bundesregierung, Staatssekretär Ost, der die Kosten für dieselben Leistungen in seiner Pressemitteilung Nr. 549 vom 27. November 1988 mit rund 6 Milliarden DM angibt?
33. Abgeordneter
Haack
(**Extertal**)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit zuzugeben, daß die Formulierung in der Pressemitteilung Nr. 549 des Staatssekretärs Ost auf Seite 2 im zweiten Absatz: „Neue Leistungen – wie zum Beispiel die Verbesserung der Vorsorge und die Zahlung bei Pflege – sowie die Entlastungen der Versicherten machen zusammen rund 10 Milliarden DM aus und übersteigen die Ersparnis auf der Seite der Versicherten bei weitem“, bei Versicherten den Eindruck erwecken kann, durch das Gesundheits-Reformgesetz selbst Einsparungen erzielen zu können, und ist die Bundesregierung bereit, diesen irreführenden Eindruck unverzüglich richtig zu stellen?
34. Abgeordneter
Haack
(**Extertal**)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wie sich die Summe von rund 10 Milliarden DM im einzelnen zusammensetzt, die Staatssekretär Ost, Sprecher der Bundesregierung, in der Pressemitteilung Nr. 549 vom 27. November 1988 auf Seite 2 im zweiten Halbsatz als Summe der Mehrausgaben der neuen Leistungen des Gesundheits-Reformgesetzes sowie der Entlastungen der Versicherten beziffert hat?
35. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wie sich die Summe von etwa 4,5 Milliarden DM, in deren Höhe die Versicherten laut Pressemitteilung Nr. 549 des Staatssekretärs Ost durch das Gesundheits-Reformgesetz „profitieren“ werden, im einzelnen zusammensetzt?

36. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wie sich die Summe von über 7 Milliarden DM im einzelnen zusammensetzt, die laut Pressemitteilung Nr. 549 vom 27. November 1988 auf Seite 2 im zweiten Absatz durch das Gesundheits-Reformgesetz bei den Leistungserbringern eingespart werden soll?
37. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Welche Gründe stehen dem baldigen Abschluß der seit Jahren geführten Verhandlungen über ein Sozialversicherungsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland entgegen, und ist die Bundesregierung bereit, das Verhandlungstempo angesichts der Tatsache zu forcieren, daß nach der Verabschiedung des Gesundheits-Reformgesetzes die deutschen Krankenkassen – von Notfällen abgesehen – keine in der Schweiz für deutsche Staatsbürger erbrachten Leistungen mehr vergüten?
38. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber hinaus bereit, eine flexible, den vielfältigen gegenseitigen Verflechtungen im deutsch-schweizerischen Grenzland Rechnung tragende Übergangslösung zu tolerieren, bis mit dem Abschluß des Sozialversicherungsabkommens eine tragfähige Neuregelung der gegenseitigen Beziehungen erreicht ist?
39. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Wie hat sich die Zahl der Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung im Bereich des Arbeitsamtes Hannover von August 1988 bis Oktober 1988 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres entwickelt, und wie hoch war jeweils der Anteil der Arbeitslosen an denjenigen, die eine Weiterbildungsmaßnahme begannen?
40. Abgeordnete
Frau Bulmahn
(SPD)
- Wieviel Prozent der AB-Maßnahmen im Bereich des Arbeitsamtes Hannover werden mit 100% gefördert, und wie viele Teilnehmer/innen haben diese AB-Maßnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

41. Abgeordnete
Frau Schilling
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung das Liederbuch der Internationalen Fernspähschule Weingarten/Württemberg, herausgegeben von Herrn Oberstleutnant und Schulkommandeur Wendeborn als offizielles Bundeswehr-Liederbuch, bekannt, und wie beurteilt sie den Inhalt der Lieder wie z. B.: Rot scheint die Sonne („Wir wissen nur eins: Wenn Deutschland in Not, [. . .] zu sterben den Tod“), Auf Kreta: („Wir Fallschirmspringer haben doch gesiegt“), Auf Fallschirmjäger tretet an: („Deutschland darf nicht untergehen“)?

42. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Weshalb holt die Bundesregierung die zur Entlastung anderer im Persischen Golf engagierter NATO-Seestreitkräfte ins Mittelmeer entsandten Kriegsschiffe nicht zurück, obwohl mit dem Waffenstillstand vom 20. August 1988 zwischen Irak und Iran die von der Bundesregierung gerechtfertigte Präsenz dieser NATO-Seestreitkräfte nicht mehr erforderlich ist?
43. Abgeordneter
Dr. Mechttersheimer
(DIE GRÜNEN)
- Welche Vorbereitungen zur Einmottung dieser Kriegsschiffe hat die Bundesmarine getroffen, da angesichts der mehr als einjährigen Abwesenheit diese Schiffe im Nord- und Ostseebereich offenkundig nicht mehr benötigt werden?
44. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß eine zu besetzende Meisterstelle bei der Standortverwaltung Ulmen im Bereich des Flugplatzes Büchel mit dem konkreten Arbeitsbereich für Maurer, Klärwärter und Liegenschaftsarbeiter mit einem fachfremden Meister besetzt werden soll, und ist dies möglicherweise darauf zurückzuführen, daß der erforderliche Eignungstest fast ausschließlich anderes, für die konkrete Planstelle nicht erforderliches Fachwissen abfragte?
45. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung zukünftig sicherzustellen, daß zu besetzende Stellen im Bereich der Wehrbereichsverwaltung IV ausschließlich mit Personen besetzt werden, die die konkrete gewünschte Qualifikation vorweisen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

46. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister für Verkehr vom Sommer 1985 an konsequent das Ziel einer Kraftfahrzeugsteuersenkung verfolgt hat und daß sich ein hoher BMV-Vertreter erst im Dezember 1985, nachdem die Ressorts, einschließlich des Bundesministers der Finanzen, einer solchen Lösung zustimmen wollten, ohne erkennbare sachliche Gründe und entgegen der politischen Zielsetzung des Bundesministers für Verkehr zur Überraschung des Bundesministers der Finanzen und der anderen Ressorts und ohne Abstimmung mit dem Gewerbe sich plötzlich für eine Straßenbenutzungsgebühr aussprach, die ohne Notwendigkeit wenigstens 12 bis 15 Millionen DM an Verwaltungskosten verursachen wird?

- | | |
|---|--|
| <p>47. Abgeordneter
Haungs
(CDU/CSU)</p> | <p>Trifft es ferner zu, daß die Verkehrsabteilungsleiterkonferenz der Länder noch im Frühjahr 1986 bereit war, dem Einnahmeausfall aus einer Kraftfahrzeugsteuersenkung zuzustimmen, daß dies jedoch unterblieb, weil der Bundesminister für Verkehr jetzt für eine Straßenbenutzungsgebühr eintrat, die nunmehr dazu führt, daß einzelne Bundesländer im Alleingang eine solche Kraftfahrzeugsteuersenkung planen und dadurch zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen im nationalen Bereich hervorrufen werden?</p> |
| <p>48. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)</p> | <p>Wie beurteilt die Bundesregierung die Vereinbarung der Anbieter von Personenkraftwagen in Frankreich, künftig auf Werbung mit Tempo und Geschwindigkeit zu verzichten?</p> |
| <p>49. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)</p> | <p>Ist die Bundesregierung bereit, den Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung der Anbieter in der Bundesrepublik Deutschland zu initiieren und zu unterstützen?</p> |

Bonn, den 2. Dezember 1988

